


Niederschrift der Sondersitzung des Stadtrates am 28.01.2026

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	19:19 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzender:	Herr Panse
Schriftführer:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Aktuelle Stunde	
4.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	

- 5. Entscheidungsvorlagen
- 5.1. Solidarität mit den Zalandobeschäftigten, ihren Angehörigen und den örtlichen Geschäftspartnern **0160/26**
Einr.: Fraktion SPD & PIRATEN und Fraktion Die Linke
- 5.1.1. Antrag der Fraktion Mehrwertstadt zur Drucksache **0202/26**
0160/26 - Solidarität mit den Zalandobeschäftigten, ihren Angehörigen und den örtlichen Geschäftspartnern
- 5.1.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS **0204/26**
0160/26 - Solidarität mit den Zalandobeschäftigten, ihren Angehörigen und den örtlichen Geschäftspartnern
- 5.1.3. Antrag der Fraktionen SPD & Piraten, Die Linke, Mehrwertstadt und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS **0241/26**
0160/26 - Solidarität mit den Zalandobeschäftigten, ihren Angehörigen und den örtlichen Geschäftspartnern
- 6. Informationen

1. **Eröffnung durch den Oberbürgermeister**

Der Oberbürgermeister, Herr Horn, eröffnete die 15. Stadtratssitzung der Wahlperiode 2024 - 2029 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder; hierbei hervorgehoben das neue Stadtratsmitglied der Fraktion Mehrwertstadt und Herrn Dr. Steffen Kachel als neues Stadtratsmitglied der Fraktion Die Linke; Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste, hierbei ausdrücklich die Thüringer Ministerin für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ländlichen Raum – Frau Colette Boos-John, den Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie - Herrn Udo Götze, die Leiterin der Agentur für Arbeit in Erfurt - Frau Irena Michel, den Betriebsratsvorsitzenden von Zalando Logistics SE & Co. KG - Herrn Tony Krause, die Bundesfachgruppenleiterin für den Einzel- und Versandhandel von Ver.di - Frau Corinna Groß, die Vorsitzende des Ausländerbeirates - Frau Maysaa Helwa und die stell. Vorsitzende des Ausländerbeirates - Frau Sylwia Eger und übergab anschließend die Sitzungsleitung an den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse.

Herr Panse informierte, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen gemäß den Regelungen in der Geschäftsordnung im Internet als Live-Stream erfolgt und es erfolgt eine Speicherung der Daten bis zur nächstfolgenden Stadtratssitzung durch die GMM AG für Medien Marketing Kommunikation bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters. Die schriftlich vorgebrachten Widersprüche gegen die Aufzeichnung von Redebeiträgen von Stadtratsmitgliedern oder geladenen Dritten werden beachtet.

Zur Nachfrage, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Rednerpult aus erfolgt, widerspricht, gab es keine Wortmeldung. Des Weiteren erhob sich auch kein Widerspruch dagegen, dass der Live-Stream zukünftig auch zum Download für alle Interessierten bis zur nächstfolgenden Sitzung zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß §19 (8) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer aus, informierte Herr Panse. Des Weiteren informierte der Stadtratsvorsitzende, dass Foto- und Videomittschnitte von Dritten während dieser Sitzung nicht gestattet ist.

Weiterhin stellte der Stadtratsvorsitzende fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte und der Stadtrat nach § 36 (1) ThürKO beschlussfähig ist, da zu Beginn 34 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren.

2. **Änderungen zur Tagesordnung**

Es lagen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

3. Aktuelle Stunde

Es lagen keine Anträge vor.

4. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

5. Entscheidungsvorlagen

5.1. Solidarität mit den Zalandobeschäftigten, ihren Angehörigen und den örtlichen Geschäftspartnern 0160/26 **Einr.: Fraktion SPD & PIRATEN und Fraktion Die Linke**

Der Oberbürgermeister beantragte an dieser Stelle das Rederecht für die Dauer von zehn Minuten für die Thüringer Ministerin für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ländlichen Raum – Frau Colette Boos-John, den Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie - Herrn Udo Götze, die Leiterin der Agentur für Arbeit in Erfurt - Frau Irena Michel, den Betriebsratsvorsitzenden von Zalando Logistics SE & Co. KG - Herrn Tony Krause, der Bundesfachgruppenleiterin für den Einzel- und Versandhandel von Ver.di - Frau Corinna Groß und die Vorsitzende des Ausländerbeirates - Frau Maysaa Helwa.

Es regte sich kein Widerspruch, weshalb der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, um Abstimmung dieses Antrages bat.

Abstimmungsergebnis Ja 33 Nein 0 Enthaltungen 1 Befangen 0

Anschließend beantragte Frau Stange der Fraktion Die Linke, dass die Redezeit der Fraktionen um das 1,5-fache erhöht werden.

Die Nachfrage von Frau von Wrede (Fraktion CDU), ob dies auch für den Oberbürgermeister gilt, wurde durch den Stadtratsvorsitzenden bejaht.

Im Folgenden stellte Herr Panse den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis Ja 25 Nein 9 Enthaltungen 0 Befangen 0

Somit wurden die Redezeiten der Fraktionen und dem Oberbürgermeister um das 1,5-fache erhöht.

Der Stadtratsvorsitzende informierte, dass allen Fraktionen die Stellungnahme des Beirates für Menschen mit Behinderung vorliegt.

Darüber hinaus unterbreitete der Stadtratsvorsitzende den Vorschlag, dass den anwesenden Gästen zunächst das Wort erteilt werden soll. Hiergegen regte sich kein Widerspruch, weshalb der Stadtratsvorsitzende der Thüringer Ministerin für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ländlichen Raum das Wort erteilte.

Die Thüringer Ministerin für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ländlichen Raum dankte für die Einladung zu diesem Thema im Erfurter Stadtrat reden zu dürfen. Alle Beteiligten befinden sich im gleichen Boot, da der Schock über dieses Vorgehen und die Entscheidung seitens der Geschäftsführung von Zalando Logistics SE & Co. KG (Zalando) sehr tief sitzt. Fortan möchte man für die Mitarbeiter von Zalando und den Subunternehmern, sowie dem Wirtschaftsstandort das Bestmögliche erreichen. Im Folgenden skizzierte sie das Geschehen im Detail. Am Morgen des 08. Januars erhielt der Thüringer Ministerpräsident die Information über die Standortschließung von Zalando. Darauffolgend wurde seitens der Ministerin ein Telefonat mit dem Erfurter Oberbürgermeister abgehalten und das weitere Vorgehen in dieser Situation abgestimmt. Man verständigte sich über das Krisentreffen, welches am kommenden Tag im Erfurter Rathaus mit der Thüringer Ministerin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie, der Thüringer Finanzministerin, der Leiterin der Bundesagentur für Arbeit in Erfurt und die Personalvorständin von Zalando abgehalten wurde. Die Ministerin verdeutlichte, dass der Umgang mit dem Betriebsrat auf diese Art und Weise nicht vollzogen werden darf, denn eine Information über die Schließung an den Betriebsrat ist nicht erfolgt. Es wurden seitens des Ministeriums keine Anzeichen für die Schließung des Standortes gesehen und nach Einschätzung der Ministerin verdeutlicht es den Eindruck einer Ad hoc-Reaktion. Aus dem Krisentreffen im Rathaus implementierte sich eine „Taskforce“ - bestehend aus dem Erfurter Oberbürgermeister, der Wirtschaftsministerin, der Sozialministerin, der Leiterin der Bundesagentur für Arbeit, den Vertretern der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH und der Thüringer Aufbaubank. Die Versuche die Schließung des Zalando Standortes abzuwenden trafen nicht auf fruchtbaren Boden und so wird man sich fortan den Schicksalen der Mitarbeiter widmen. Der aufstrebende Wirtschaftsmarkt soll für die Vermittlung der Arbeitskräfte genutzt werden. Die Standortthematik und Findung einer Lösung für die bestehende Logistikhalle soll mit der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH und der Thüringer Aufbaubank angegangen werden. Die Chance des Standortes soll weiterhin genutzt werden. Abschließend führte die Wirtschaftsministerin aus, dass man das Unternehmen Zalando soweit wie möglich in die Verantwortung nehmen werde.

Die Leiterin der Bundesagentur für Arbeit in Erfurt schloss sich dem Dank der Wirtschaftsministerin an und ergänzte im Folgenden den Prozess und die fachliche Situation aus Sicht der Bundesagentur für Arbeit. Man führt stetige Gespräche mit dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung von Zalando, um die betroffenen Mitarbeiter unterstützen zu können. Aus diesem Grund sind seit der 4. Kalenderwoche vier Teams der Bundesagentur für Arbeit direkt vor Ort, um die notwendigen Daten der Beschäftigten für eine Weitervermittlung zu erfassen und um Gespräche mit ihnen zu führen. Dieses Angebot gilt auch für die Mitarbeiter von den betroffenen Dienstleitern und Subunternehmen. Seitens der Bundesagentur für Arbeit konnte man die prioritären Gruppen ausfindig machen. Als Gruppe eins wurden die ca. 500 Mitarbeiter mit einem befristeten Arbeitsvertrag, welcher nicht verlängert werden wird, herauskristallisiert. Daran schließen sich die sich die Mitarbeiter mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag, hier prioritär die Mitarbeiter mit einem Migrationshintergrund und einer Schwerbehinderung, an. Um die Gegebenheiten und Chancen der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund auch auf Bundesebene besprechen zu können, findet am 13. Februar ein Treffen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge statt. Damit die Vermittlung der betroffenen Beschäftigten erfolgreich gestaltet werden kann, ist zeitnah eine Jobmesse geplant, wobei viele Unternehmen für mögliche Übernahmen eingeplant sind.

Der Jobcenter ist in die interne Taskforce der Bundesagentur für Arbeit eingebunden, so die Leiterin weiter.

Zu Beginn seiner Rede bedankte sich der Betriebsratsvorsitzende für die Chance die Belegschaft von Zalando SE in der Sondersitzung des Stadtrates vertreten zu dürfen. Darauf folgend stellte er das Geschehen rund um die erfolgte Informationsveranstaltung zur Schließung des Zalando Standortes aus Sicht der Mitarbeiter dar. So erfolgte die Bekanntgabe dieses Vorhabens an die Mitarbeiter in einer bedrückenden Atmosphäre: Absicherung der Örtlichkeit durch zahlreiche Security-Mitarbeiter, Taschen- und Personenkontrollen, Abnahme der Cuttermesser und Demontage der Fenstergriffe in der Mensa. Die getroffene Entscheidung der Geschäftsführung und das keine Möglichkeit eines Eingreifens durch den Betriebsrat bestand, führte zu Tränen und Ängste um die eigene Existenz. Man möchte sich seitens des Betriebsrates fortan für die Kollegen intensiv einsetzen und hat sich zuletzt einen Rechtsbestand gesucht, sowie ausgiebigen Schulungen vollzogen, um die Standort-schließung doch noch verhindern zu können. In den kommenden Wochen möchte man in die Gespräche für die Verhandlungen starten. Abschließend bedankte sich der Betriebsratsvorsitzende für die positiven Angebote der Bundesagentur für Arbeit und der Fülle an Solidarität, welche die Beschäftigten zurzeit erfahren dürfen.

Diese Aussage, sowie der Antrag der einreichenden Fraktionen, wurden durch die Bundesfachgruppenleiterin für den Einzel- und Versandhandel von Ver.di unterstützt. Jedoch kritisierte sie das Vorgehen der Unternehmensführung, denn solch ein Umgang mit den Beschäftigten ist nicht akzeptabel. Das Abgreifen von Subventionen und die Entgegennahme von weiteren, die Ansiedlung unterstützenden Maßnahmen, erfolge durch solche Unternehmen gerne. Doch nun steht der Konzern in der Verantwortung für die Betroffenen Mitarbeiter. Eine Befragung von Beschäftigten in dieser Branche zeigt auf, dass eine große Unzufriedenheit herrscht und solch eine Hiobsbotschaft bringt keinen positiven Einfluss in die Stimmungslage. Die Bundesfachgruppenleiterin sprach sich zum Abschluss für eine Diskussion auf Landesebene aus, damit die Arbeitsplatzbedingungen in dieser Branche gestärkt und verbessert werden können.

In ihrem Redebeitrag kritisierte die Vorsitzende des Ausländerbeirates die Entscheidung der Unternehmensführung, den Zalando Standort mit den 2.700 Mitarbeitern zu schließen, scharf, denn diese treffe die Mitarbeiter mit Migrationshintergrund sehr stark. Die Zukunftsperspektiven der Betroffenen und ihrer Familien sind nun in Unsicherheit gehüllt und aufenthaltsrechtlich bestehen Unklarheiten. Dennoch richtete sie einen Dank an die zuständige Ausländerbehörde in Erfurt, welche in einem engen Kontakt zu den Betroffenen steht. Aufgrund der zahlreichen Nachfragen von der Vorsitzenden des Ausländerbeirates, wurden die Fragen zu Protokoll genommen und in der Folge schriftlich beantwortet.

Drucksache 0269/26	<p>In der Sondersitzung des Stadtrates zu dem o.g. Thema, sprach die Vorsitzende des Ausländerbeirates. Im Rahmen ihres Redebeitrages, welcher die Situation der betroffenen Mitarbeiter, vor allem mit Migrationshintergrund, offenlegte, stellte sie folgende ausländerrechtlichen Nachfragen und bat um die Beantwortung dieser:</p> <p style="text-align: center;">A. Fragen an die Ausländerbehörde / Stadtverwaltung</p> <p>1. Grundsatzfrage: Handlungsspielräume Welche konkreten Handlungsspielräume (§ 7 Abs. 2 AufenthG – Ermes-</p>
-------------------------------	--

sensentscheidungen, § 8 AufenthG – Verlängerung von Aufenthaltstiteln) sieht die Ausländerbehörde, um die aufenthaltsrechtliche Situation der Betroffenen abzusichern?

2. Aufenthalt trotz Jobverlust

Ist die Ausländerbehörde bereit, bei betroffenen Beschäftigten den Aufenthaltstitel auch dann zu verlängern, wenn das Arbeitsverhältnis endet, solange aktiv eine neue Beschäftigung oder Qualifizierung gesucht wird? Ziel: Zeit gewinnen, Rechtssicherheit schaffen. Bezug: Integration statt sofortiger Statusverlust.

3. Laufende Anträge (Niederlassung & Einbürgerung)

Wie wird mit bereits laufenden Anträgen auf Niederlassungserlaubnis oder Einbürgerung umgegangen, wenn der Arbeitsplatz wegfällt, obwohl die Anträge rechtzeitig gestellt wurden? Kernpunkt: Die Menschen dürfen nicht für etwas bestraft werden, das sie nicht verursacht haben.

4. Priorisierung & Beschleunigung

Gibt es die Möglichkeit, Anträge von besonders betroffenen Zalando-Beschäftigten zu priorisieren oder beschleunigt zu bearbeiten, um unnötige Unsicherheiten zu vermeiden?

5. Familiennachzug & Visa

Wie stellt die Ausländerbehörde sicher, dass bereits genehmigte oder weit fortgeschrittene Verfahren im Familiennachzug nicht durch den Jobverlust scheitern, insbesondere wenn Visa kurz vor der Erteilung stehen?

6. Härtefallregelungen

Ist die Stadt bereit, verstärkt von Härtefallregelungen Gebrauch zu machen – etwa bei Familien mit Kindern, gesundheitlichen Belastungen oder langjähriger Integration?

B. Fragen zur Zusammenarbeit Ausländerbehörde – Agentur für Arbeit

7. Gemeinsame Strategie

Gibt es bereits eine abgestimmte Strategie zwischen Ausländerbehörde und Agentur für Arbeit, um aufenthaltsrechtliche Sicherheit und berufliche Neuorientierung parallel zu ermöglichen?

8. Qualifizierung ohne Aufenthaltsverlust

Kann zugesichert werden, dass Zeiten der Qualifizierung, Umschulung oder Weiterbildung nicht zu aufenthaltsrechtlichen Nachteilen führen? Besonders wichtig für Menschen ohne Berufsabschluss. Auch die Anerkennung ausländischer Abschlüsse sollte berücksichtigt werden.

9. Zentrale Anlaufstelle

	<p>Plant die Stadt eine gemeinsame, mehrsprachige Anlaufstelle oder Taskforce für die Betroffenen, damit sie nicht zwischen Behörden hin- und hergeschickt werden?</p> <p style="text-align: center;">C. Abschlussfrage</p> <p>Ist die Stadt Erfurt bereit, gemeinsam mit dem Land Thüringen ein klares politisches Signal zu setzen, dass Menschen, die jahrelang gearbeitet, integriert gelebt und ihre Anträge korrekt gestellt haben, durch diese wirtschaftliche Entscheidung nicht ihre Zukunft in Deutschland verlieren?</p> <p>T: zur gegebenen Zeit V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit</p>
--	--

Die Wirtschaftsministerin erklärte, dass die Themengebiete der gestellten Fragen in der Taskforce beraten werden.

Diese Ausführung wurde durch die Leiterin der Bundesagentur für Arbeit bekräftigt. Des Weiteren unterstrich sie, dass die Ausländerbehörde Erfurt in dieser Angelegenheit sehr kooperativ ist und eine schnelle Reaktion gezeigt hat. Um eine Priorisierung zu gewährleisten, teilt die Leiterin mit, dass gemeinsam mit dem Betriebsrat und der Unternehmensseite eine Übersicht der betroffenen Mitarbeiter mit Migrationshintergrund erarbeitet werde. Abschließend gab sie zu bedenken, dass mehrere Ausländerbehörden in diese Angelegenheit involviert sind, da Mitarbeiter mit Migrationshintergrund auch in den umliegenden Landkreisen und kreisfreien Städten wohnhaft sind.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit werde den Dank an die Ausländerbehörde weitergeben und die Beantwortung der Fragen wird nachgereicht werden.

Anschließend übergab der Stadtratsvorsitzende das Wort an die Fraktionen.

Die Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Frau Stange, erklärte, dass die Schilderungen des Betriebsratsvorsitzenden einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben und bekräftigt daher, dass der eingereichte Antrag richtig ist. Sie fügte hinzu, dass eine Teilnahme eines Gewerkschaftsvertreters, des Betriebsrates und der Behindertenvertretung an dem Krisentreffen am 09. Januar wünschenswert gewesen wäre. Das Vorgehen von Zalando SE bezeichnete Frau Stange als böseartig und schlichtweg perfide. Man darf die wegfallenden Steuereinnahmen, welche Einsparmaßnahmen im städtischen Haushalt nach sich ziehen, nicht außeracht lassen, so Frau Stange. Sie unterstrich, dass man an der Seite der betroffenen Mitarbeiter steht und den Kampf der Belegschaft zur Erhaltung des Standortes unterstützen wird. Darüber hinaus gab Frau Stange abschließend die Schicksale der schwerbehinderten Mitarbeiter und Ihrer Familienangehörigen zu bedenken.

Herr Grenzdörffer, als Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN, zeigte sich erschrocken und entsetzt über das Vorgehen der Zalando-Unternehmensleitung. Die Mitarbeiter mussten

im Weihnachtsgeschäft hart arbeiten, zum Jahreswechsel wurde alles als positiv beschrieben und kurze Zeit später erfolgt solch eine Schocknachricht, so Grendörffer. Ohne den Wirtschaftsstandort Erfurt wäre ein solches unternehmerische Wachstum von Zalando nicht möglich gewesen. Auch lassen die vorliegenden Zahlen des Unternehmens auf keine wirtschaftliche Entscheidung seitens des Geschäftsleitung schließen. Doch sind die Folgen nun immens, beschreibt der Vertreter der SPD & PIRATEN Fraktion. Der Konzern muss nun soziale Verantwortung übernehmen, den Mitarbeitern faire Lösungen anbieten und den nötigen Respekt für ihre tatkräftige Arbeit zollen, so Herr Grendörffer abschließend.

Die Fraktionsvorsitzende der Mehrwertstadt, Frau Rötsch, verdeutlichte, dass die Mitarbeiter von Zalando SE seitjeher das Erfurter Stadtbild geprägt haben. Sie unterstrich die Folgen der betroffenen Beschäftigten, die von weniger Teilhabe, Angst, bis zu massiven Sorgen um die eigene Existenz reichen. Frau Rötsch plädierte für eine offene und ehrliche Kommunikation im weiteren Verlauf dieser Angelegenheit. Weiter hob sie hervor, dass das Unternehmen die Mitarbeiter im Stich lasse, die Handlung kalt und perfide ist und das Vertrauen zerstört wurde. Mit dem Blick in die Zukunft sprach sie sich für eine gemeinsame Erarbeitung einer Wirtschaftsstrategie, wo alle Beteiligten mitwirken sollen und die anzusprechenden Branchen abzuklären sind, aus. Zum Schluss warb Sie dafür, die Standortschließung dennoch als neue Möglichkeit anzusehen.

Die Einbindung von der Gewerkschaft und des Betriebsrates in der aktuellen Situation, wurde von Frau Wuttig der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hervorgehoben. Sie forderte das Unternehmen auf, Verantwortung zu zeigen. Viele Beschäftigten haben einen Migrationshintergrund mit einer folglich unklaren Zukunft, weshalb politisches Handeln und das Handeln der Erfurter Ausländerbehörde gefragt ist. Frau Wuttig sprach sich für einen aktiven Schutz und Sicherheit, sowie stetigen aufenthaltsrechtlichen Informationsfluss für die Betroffenen aus.

Die Entscheidung der Unternehmensführung von Zalando ist ein harter Einschlag, so der Vertreter der Fraktion AfD, Herr Mühlmann. Jedoch hofft er auf ein positives Ende für die betroffenen Beschäftigten. Er informierte darüber, dass der Stadtrat das falsche Gremium für diese Diskussion ist und die Sondersitzung nur einen populistischen Zweck verfolgt. Der Beschluss eines dieser Anträge wird nicht zu Abwendung der Entscheidung und eine andere Einflussnahme führen. Das Vorgehen der einreichenden Fraktionen ist eine Haltung ohne der Frage nach Übernahme der Verantwortung, so Herr Mühlmann. An dieser Stelle sollte man sich vielmehr fragen, in welchen Zuständigkeitsbereich die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre lag und wer für die politischen Fehlentscheidungen verantwortlich ist. Nun gilt es die Politik für das wirtschaftliche Wachstum in Erfurt und Thüringen zu fördern, sagte der Vertreter der Fraktion AfD abschließend.

Der Vertreter der Fraktion CDU, Herr Waßmann, verdeutlichte, dass die Sorgen und die Skepsis der Erfurter Bevölkerung durch den Rückzug von Zalando verschärft werden. Er bekräftigte auch die Meinungsäußerungen seiner Vorredner, denn für die betroffenen Mitarbeiter soll getan werden, was möglich ist. Weiterhin unterstrich er positiv das Handeln vom Oberbürgermeister, welcher durch sein Tun ein wichtiges Signal an die Belegschaft gesendet hat. Auch ist die Arbeit der Stadtverwaltung, welche nicht immer sichtbar ist, in dieser Angelegenheit von immenser Bedeutung. Er plädierte dafür, dass eine gute Grundlage für das Wachstum des Mittelstandes zu legen ist und auf bestehende Unternehmen in Erfurt gesetzt werden soll. Herr Waßmann äußerte sich abschließend positiv zu den Solidaritätsbekundungen aus der Stadt hin zu den betroffenen Mitarbeitern und diese erzeuge eine Hoffnung bei der Belegschaft.

Der Ortsteilbürgermeister des Erfurter Ortsteils Vieselbach, Herr Poloczek-Becher, sprach seinen Respekt an den Betriebsrat und die Unterstützer aus. Er berichtete in seiner Rede, dass bereits erste Bewohner den Ortsteil Vieselbach, aufgrund der Standorterschließung von Zalando, verlassen haben, um nach Gießen zu ziehen und an dem neuen Standort des Logistikunternehmens zu arbeiten. Erfurt muss für Unternehmen weiterhin attraktiv bleiben und es sollte eine Solidaritätsbekundung zu Gunsten aller Händler im Stadtgebiet erfolgen und nicht einzig zu Zalando. Zum Schluss bekräftigte der Ortsteilbürgermeister den Besuch des Oberbürgermeisters bei den ortsansässigen Händlern und wünschte sich eine Fortführung dieses Vorgehens.

Der Antrag der einreichenden Fraktionen zeigt auf, was Politik kann, verdeutlichte Herr Möller von der Fraktion SPD & PIRATEN. Er befürwortete den Kampf der Belegschaft und sicherte die Unterstützung seiner Person und der Fraktion SPD & PIRATEN zu. Abschließend forderte er das Logistikunternehmen auf, dass es Verantwortung für sein Handeln zeigt.

Herr Schlösser, als Vertreter der Fraktion AfD, erklärte, dass die politischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft am Standort Erfurt nicht gegeben sind. Zuletzt übte er Kritik an den Ausführungen seiner Vorredner.

Der Oberbürgermeister, Herr Horn, bedankte sich eingehend für die überwiegend sachliche Diskussion und für die ausführlichen Schilderungen durch den Betriebsratsvorsitzenden von Zalando SE. Das Logistikunternehmen trägt eine enorme Verantwortung für die aktuelle Lage der Beschäftigten, denn die Entscheidung der Standorterschließung führt zu Ängsten, Schock und Ungewissheit über die eigene Zukunft. Er übte scharfe Kritik an der Art und Weise, wie das Unternehmen agierte, sowie an der Kommunikation mit den Beschäftigten, dem Betriebsrat, der Stadtverwaltung und der Landesvertretung. Im Folgenden griff der Oberbürgermeister die Redebeiträge der Wirtschaftsministerin und der Leiterin der Bundesagentur für Arbeit in Erfurt auf und bedankte sich zu dem für die unermessliche Arbeit aller Akteure. Er begrüßte den Zusammenschluss zu der „Taskforce Zalando“, um eine schnelle Abstimmung zwischen allen Beteiligten und ein schnelles Handeln zu gewährleisten. Er unterstrich an dieser Stelle, dass die Geschäftsführung von Zalando SE zu jederzeit klargestellt hat, dass die Entscheidung der Standorterschließung nicht an dem Wirtschaftsstandort Erfurt mit seinen Gegebenheiten liegt, sondern eine rein wirtschaftliche Entscheidung ist. Doch positiv zu melden ist, so der Oberbürgermeister, dass es bisher schon zahlreiche Signale für mögliche Übernahmen der Mitarbeiter gibt und auch die Bundesagentur für Arbeit wird die Angebote und Anfragen weiterhin entgegennehmen, sortieren und bearbeiten. Aus dem Logistiknetzwerk und von einem etablierten ortsansässigen Logistikunternehmen gab es schon Mitteilungen, dass man für neue Mitarbeiter offen ist, so der Oberbürgermeister. Er führte weiter aus, dass das Amt für Wirtschaftsförderung in dieser Angelegenheit ungemein aktiv sei und zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit voraussichtlich im kommenden Februar eine Jobmesse für die weiteren Vermittlungen veranstalten wird. Des Weiteren informierte der Oberbürgermeister, dass er der Betriebsratsversammlung am 05. Februar beiwohnen wird. Im Folgenden ordnete er die vorliegenden Anträge ein und bekräftigte, dass die Solidarität mit den betroffenen Mitarbeitern von der Standorterschließung sehr wichtig ist. Jedoch gab er zu bedenken, dass viele Beschlusspunkte der Anträge bereits fachlich mit Leben erfüllt sind. Zum Abschluss unterstrich der Oberbürgermeister, dass der Informationsfluss an den Stadtrat zu dieser Thematik zu jeder Zeit aufrechterhalten werden soll.

Nach Abschluss der Beratung, beantragte die Vertreterin der Fraktion SPD & PIRATEN, Frau Butt, nach Rücksprache mit den miteinreichenden Fraktionen, dass in dem Änderungsan-

trag (Drucksache 0241/26) die Haushaltsstelle im Beschlusspunkt 08 gestrichen werden soll.

Die Vertreterin der Fraktion CDU, Frau von Wrede, beantragte im Anschluss die Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung und sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, soll eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte des Änderungsantrages (Drucksache 0241/26) erfolgen.

Weitere Anträge wurden nicht gestellt, so dann ließ der Stadtratsvorsitzende über den gestellten Antrag von Frau von Wrede - die Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung - abstimmen.

Abstimmungsergebnis Ja 10 Nein 22 Enthaltungen 9 Befangen 0

Da dieser Antrag keine Mehrheit gefunden hat, ließ der Stadtratsvorsitzende über den gestellten Antrag von Frau von Wrede - die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte des Änderungsantrages - abstimmen.

Abstimmungsergebnis Ja 10 Nein 30 Enthaltungen 1 Befangen 0

Da beide Anträge der Vertreterin der Fraktion CDU keine Mehrheit gefunden haben, kam es zu Abstimmung über den gestellten Antrag von Frau Butt - Abstimmung des Änderungsantrages 0241/26 samt Streichung der Haushaltsstelle im Beschlusspunkt 08.

mit Änderungen beschlossen Ja 22 Nein 2 Enthaltung 17 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt kritisiert die Schließung des erfolgreichen Erfurter Zalando Standorts mit mehr als 2700 direkt betroffenen Beschäftigten. Die kurzfristige angestrebte vollständige Schließung bis Ende September 2026 ist ein Vertrauensbruch gegenüber den Beschäftigten, deren Familien, den örtlichen Vertragspartnern und gegenüber der Wirtschaftsregion Erfurt/Thüringen. Der Stadtrat erwartet von Zalando Logistics SE & Co. KG die nötige soziale und wirtschaftliche Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten und örtlichen Geschäftspartnern zu übernehmen.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Land und weiteren Bundes- und Landesbehörden auf die Geschäftsführung von Zalando einzuwirken, um die Prüfung von Alternativen zur Komplettschließung zu erreichen. Der Stadtrat spricht sich dagegen aus, die Komplettschließung des Zalando Standorts einfach nur zur Kenntnis zu nehmen.

03

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen, den Bundesbehörden, den Gewerkschaften und dem Betriebsrat auf die Zalando Logistics SE &

Co. KG entsprechend einzuwirken, um unverzüglich folgende Alternativen zur Komplett-schließung zu prüfen und auszuarbeiten:

- Fortführung des Betriebs unter Erhalt von so vielen Arbeitsplätzen wie möglich,
- Aufbau einer Transfergesellschaft mit qualifizierten Arbeitsplätzen in der Region,
- Aufbau und Finanzierung eines regionalen Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramms über gesetzliche Mindeststandards hinaus sowie
- interne Versetzungen der Beschäftigten an andere Standorte der Zalando Logistics SE & CO. KG mit Umzugskostenerstattung und Wohnkostenzuschüssen,
- Vorbereitung und Abstimmung mit dem Jobcenter als gemeinsame Einrichtung der Agentur für Arbeit und Stadt Erfurt auf die notwendige Unterstützung sowie Einberufung einer Sondersitzung des Jobcenter-Beirates aktive Kommunikation der Wirtschaftsförderung,
- Vorlage eines Konzeptes der Wirtschaftsförderung zur Zukunft des Logistikzentrums am Standort GVZ, auch unter Einbeziehung weiterer Unternehmen und Arbeitsgebern der Stadt und der Region und
- bei Neu-Ansiedlung in Erfurt ist künftig darauf hinzuwirken, dass die Mindestanforderungen an die Standortbindung sowie Tarifbindung und starke Mitbestimmungspraxis gesichert werden sowie eine hohe Wertschöpfung in der Region erfolgt.

Der Stadtrat unterstützt ausdrücklich die Forderungen des Betriebsrats nach einem Sozialplan auf Grundlage § 112 in Umsetzung § 111 Betriebsverfassungsgesetz. Es ist ein Ziel der Stadt, des Oberbürgermeisters und des Stadtrates die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Zalando-Beschäftigten auch zukünftig einer guten Arbeit in Erfurt und der Region nachgehen können. Der Stadtrat würdigt in diesem Zusammenhang die bisherige Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort als wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung in Erfurt.

04

Der Oberbürgermeister wird weiter beauftragt, als Grundlage für künftige Ansiedlungen, dem Stadtrat zeitnah eine vollständige Übersicht aller städtischen und staatlichen Leistungen im Zusammenhang mit Errichtung und Betrieb des Zalando Standorts zu übergeben.

05

Der Stadtrat beauftragt den Ausschuss für Wirtschaft und Beteiligungen bis auf weiteres in jeder Sitzung einen ständigen Tagesordnungspunkt „Zukunft des Zalando Standortes“ zu behandeln. Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Sachverständige hinzuzuziehen. Der Betriebsrat von Zalando und die Gewerkschaftsvertreter sind zum Tagesordnungspunkt einzuladen.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende konkrete Solidaritätsmaßnahmen für die Beschäftigten, ihre Angehörigen und örtlichen Geschäftspartner zu ergreifen und zeitnah umzusetzen:

- Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle (Sozial-, Rechts- und Karriereberatung, psychosoziale Unterstützung) in Kooperation mit Gewerkschaften, Beratungsstrukturen und Jobcenter
- aktive Vermittlung neuer Jobs durch städtische Wirtschaftsförderung (Ansprache regionaler Unternehmen für Übernahmen/Anschlussbeschäftigungen),
- Kontaktaufnahme zu bestehenden Beratungsstrukturen und Prüfung, inwiefern kostenfreie fachliche und mehrsprachige arbeitsrechtliche Erstberatung stattfinden kann
- Forderung an die Bundesagentur für Arbeit: Die Folgen der Zalando-Schließung (z. B. Qualifizierungen, Umschulungen, Transfermaßnahmen) sind ausschließlich durch zusätzliche Mittel zu finanzieren, ohne Einschränkung des Budgets für andere unterstützungsbedürftige Personen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dies gegenüber BA Thüringen-Mitte und Bundesarbeitsministerium zu vertreten,
- Prüfung und Einrichtung eines sozialen Härtefallfonds (mit Land) für Einzelfallhilfen nach §§ 67ff SGB XII.

07

Dem Oberbürgermeister wird empfohlen, sich beim Land dafür einzusetzen, dass den beteiligten Ausländerbehörden eine fachaufsichtliche Weisung hinsichtlich eines gemeinsamen Verfahrens erteilt wird. Inhaltlich wird empfohlen, dass den migrantischen Beschäftigten von Zalando, die nur befristete Aufenthaltstitel haben, eine Verlängerung des Aufenthaltsstatus um mindestens sechs Monate über die Vertragslaufzeit hinaus garantiert wird, damit für diese in Kooperation mit Ausländerbehörden, Arbeitsagenturen und den betroffenen Kommunen neue Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden werden können.

08

Dem Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung wird empfohlen, zeitnah einen geeigneten Träger damit zu beauftragen, möglichst ab sofort gezielt eine berufsbezogene und aufenthaltsrechtliche Beratung für die Zalandobeschäftigten anzubieten, die diese benötigen. Das Ziel derselben sollte sein, ihnen möglichst schnell Anschlussperspektiven aufzuzeigen und so der Verantwortung für sie in besonderer Weise nachzukommen. Diese zusätzlichen Ausgaben können nach Genehmigung durch das TLVwA durch nicht benötigte Mittel bei Beauftragten und Beiräten, hier dem Migrationsbeauftragten, finanziert werden.

5.1.1. Antrag der Fraktion Mehrwertstadt zur Drucksache
0160/26 - Solidarität mit den Zalandobeschäftigten, ihren Angehörigen und den örtlichen Geschäftspartnern

0202/26

zurückgezogen

5.1.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 0204/26
0160/26 - Solidarität mit den Zalandobeschäftigten, ih-
ren Angehörigen und den örtlichen Geschäftspartnern

zurückgezogen

5.1.3. Antrag der Fraktionen SPD & Piraten, Die Linke, Mehr- 0241/26
wertstadt und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 0160/26
- Solidarität mit den Zalandobeschäftigten, ihren Ange-
hörigen und den örtlichen Geschäftspartnern


Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 beraten und ist folglich dort niedergeschrieben.

bestätigt mit Änderungen Ja 22 Nein 2 Enthaltung 17 Befangen 0

6. Informationen

Es lagen keine weiteren Informationen in öffentlicher Sitzung vor. Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, schloss die öffentliche Sitzung und ließ die Nichtöffentlichkeit herstellen.

gez. Panse
Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer